

Schlussberichte 2019

Sitzung des Sonderausschusses für Controlling und Revision am 25.10.2021

Schlussberichte 2019 – Agenda

Von der Aufstellung bis zur Entlastung – 2018 vs. 2019

Teile I und II – Prüfung der Jahresabschlüsse 2019 der Kernverwaltung und des Sondervermögens ZVK

Teil IV – Prüfung des Konsolidierten Gesamtabchlusses 2019

Feststellungen zur Haushaltslage

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Stand der Entlastungsverfahren, Ausblick und Fazit

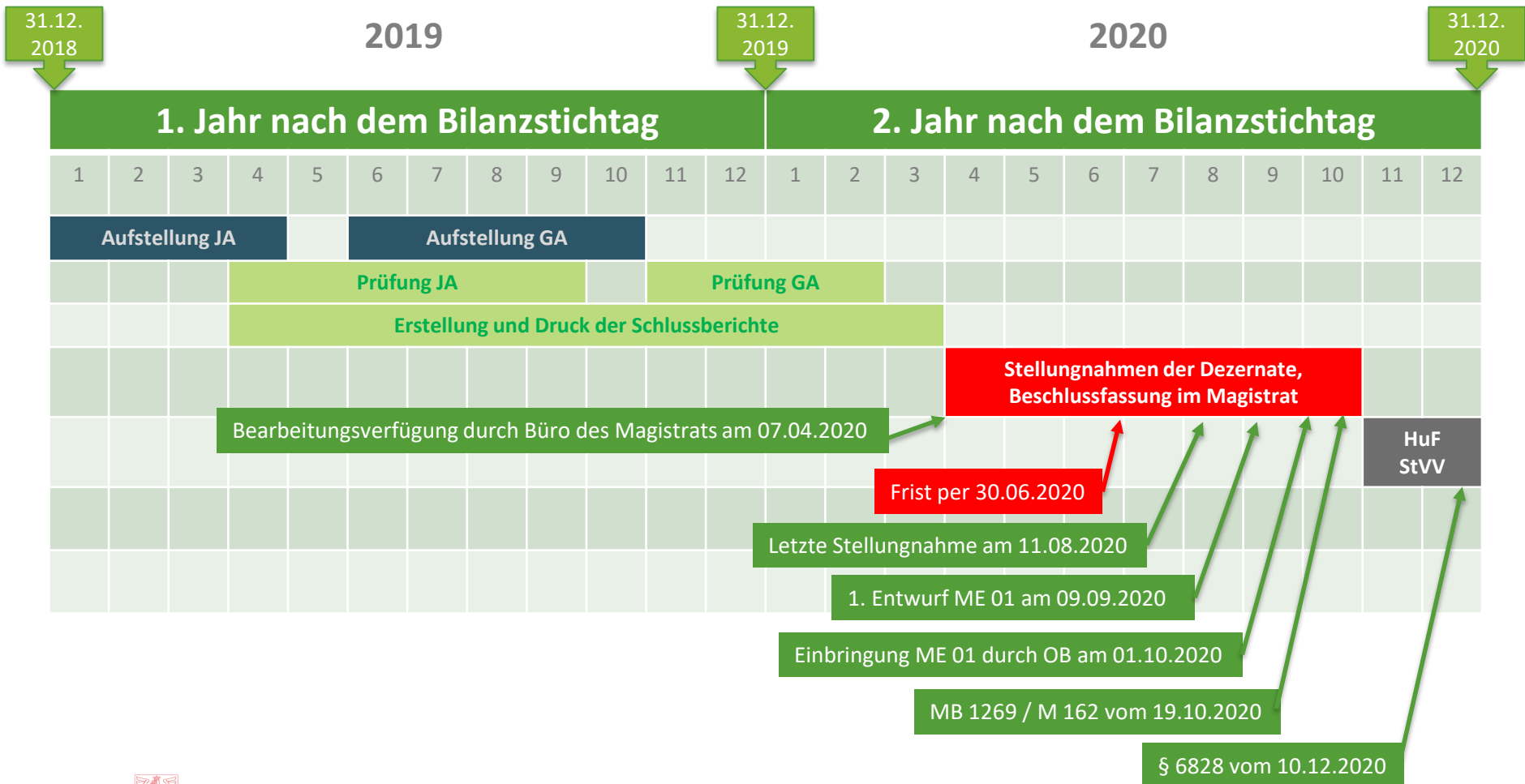
Schlussberichte 2019

Von der Aufstellung bis zur Entlastung 2018 vs. 2019

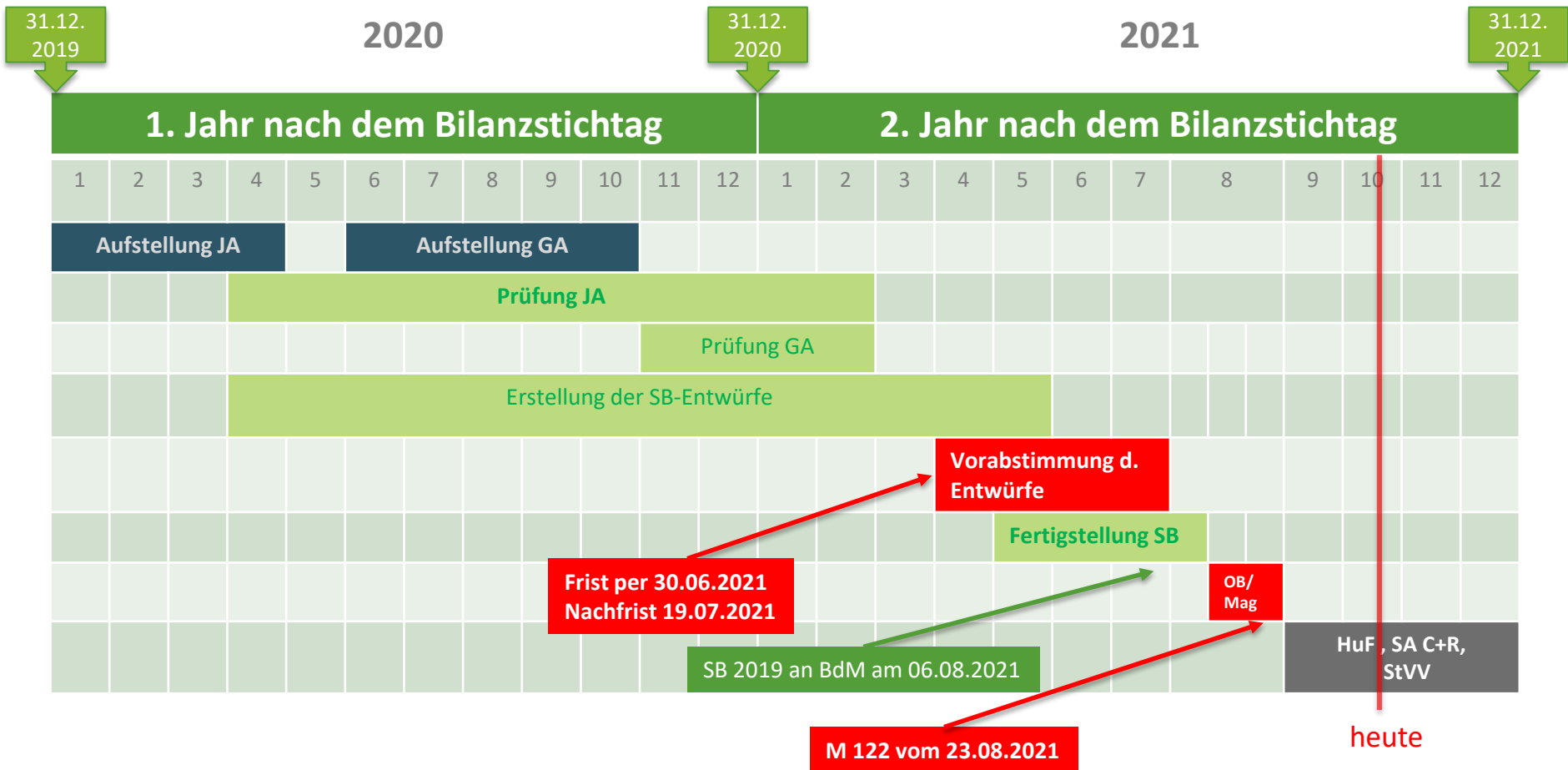
Von der Aufstellung bis zur Entlastung

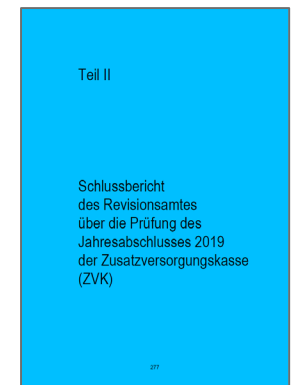
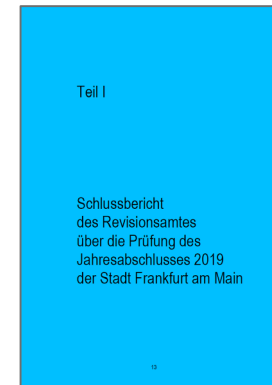
- JA, GA und SB (bis 2018) wurden zwar jeweils zeitnah der StVV zur Kenntnisnahme vorgelegt
- **Stellungnahmeprozess war allerdings sehr zeitintensiv und führte zu Verzögerungen**
- M-Vorträge über Feststellung der Abschlüsse und Entlastung des Magistrats lagen jeweils sehr spät vor
- „Stellungnahmen des Magistrats“ waren
 - in weiten Teilen „Stellungnahmen der Dezernate“, bzw. teilweise gar nur einzelner Ämter (keine echte Konsolidierung)
 - teilweise mit Widersprüchen (Dezernate verschiedener Auffassung)
- **Geändertes Verfahren** ab den Schlussberichten 2019
 - **Vorabstimmung** des Entwurfs der Schlussberichte mit Dezernaten/Ämtern
 - **Verzicht auf Stellungnahmeverfahren** über das Büro des Magistrats
 - **Ergebnis: Beschleunigung um 2 bis 3 Monate!**

Von der Aufstellung bis zur Entlastung 2018



Von der Aufstellung bis zur Entlastung 2019



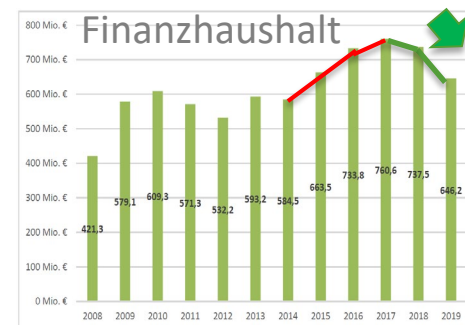


Schlussberichte 2019

Teile I und II – Prüfung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und des Sondervermögens ZVK

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- 13. Jahresabschluss nach der Eröffnungsbilanz
- **Aufstellungsfrist** formell überschritten (M 87 vom 29.05.2020) 🗨️
- **Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen** ➡ in Höhe von rd. 9 Mio. € (Vj.: 18 Mio. €) 🗨️
- **Budgetüberträge** von 2019 auf 2020 bestimmungskonform gebildet 🗨️
 - Ergebnishaushalt: ➡ von 172 Mio. € auf 142 Mio. € (-30 Mio. € / -17,5 %) 🗨️
 - Finanzhaushalt: ➡ von 737 auf 646 Mio. € (-91 Mio. € / -12 %) 🗨️
- Entwicklung des Ergebnishaushalts: Wegen Corona **gezielte Steuerung** der Aufwendungen und Investitionen erforderlich!
- IPG-Ausführung belastet künftige Ergebnishaushalte (Abschreibungen)!

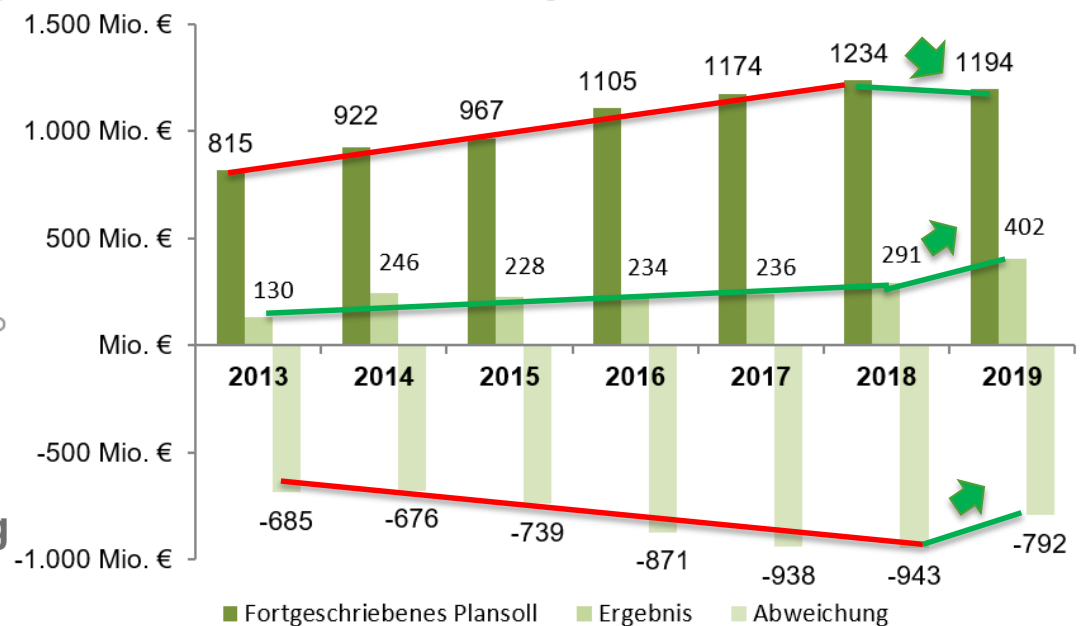


Schlussberichte 2019 – Teil I, Grafik 6-2 (S. 58) und Grafik 6-4 (S. 60)

Jahresabschluss der Kernverwaltung

■ Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit 🏠

- 2019 erstmals Rückgang der Abweichung
- Planung aber noch zu optimistisch
Umsetzung verbessert, bleibt aber weiterhin hinter Planung zurück!
- Anpassung der Planung an das **Leistbare** bei Ausbau bzw. **Optimierung** der Kapazitäten!



Schlussberichte 2019 – Teil I, Grafik 6-14 (S. 77)

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Ausführungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** 🖐
 - wie in den Vorjahren zum Teil noch unpräzise
 - resultiert aus unvollständigen Angaben im Produkthaushalt (Band 2)
 - Darstellung anvisierter Ziele nach § 4 Abs. 2 Satz 5 und § 10 Abs. 3 GemHVO sind Kernbestandteil des kommunalen Haushaltsrechts!
- Ausstehende **Freigabeempfehlung für SAP** 🖐
- stadtweites **Risikofrüherkennungs- bzw. -managementsystem** ist nicht eingerichtet → Vollständigkeit der Angaben im Risikobericht? 🖐
- Vereinzelte, wesentlichen Beanstandungen, insbesondere auf Grund **mangelhafter Prozesse im investiven Bereich** (siehe Umbuchungsliste in **Anlage 1** zum **Teil I** der Schlussberichte 2019) 🖐

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- weiterhin **fehlende Rückstellung** für Lebensarbeitszeitkonten (LAK)
 - zeitnahe Hinweis der Feststellung zum JA 2018 → keine Passivierung im JA 2019
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung 2019 von **33,6 Mio. €**
 - (auch keine Rückstellung im JA 2020) 🖐️
- **nicht aktivierungsfähige Kosten** für die Gründungsebene „Dom-Römer“
 - zeitnahe Hinweis der Feststellung zum JA 2018 → keine Abschreibung im JA 2019
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung von **5,3 Mio. €** 🖐️
- **versäumte Auflösung des Sonderposten** für „SEM Riedberg“
 - Sonderposten zum 01.07.2016: 156,6 Mio. €
 - **fehlende Erträge** in der Ergebnisrechnung von **39,6 Mio. €** 🖐️
- **nicht zugeordnete Zahlungseingänge** aus Miet- und Pachtverträgen 🗑️
 - **mangelhafte debitorische Prozesse** im Amt für Bau und Immobilien (ABI)
 - **fehlende Erträge** in der Ergebnisrechnung von **2,6 Mio. €**




Jahresabschluss der Kernverwaltung

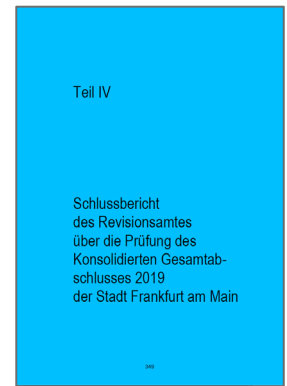
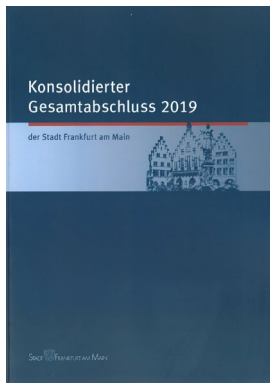
- Nach unseren Prüfungsfeststellungen hätte sich ein um **8,0 Mio. € schlechteres** Jahresergebnis (Saldo aus **60,6 Mio. € fehlenden Aufwendungen** und **52,6 Mio. € fehlenden Erträgen!**) ergeben 🙌 (siehe korrigierter JA in **Anlage 2** zum **Teil I** der Schlussberichte 2019)
- weiterhin kein (IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem eingerichtet: **unvollständige Angaben im Anhang nicht auszuschließen** 🙄
- **Jahresabschluss 2019** stellt dennoch insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main dar 🙌
- **Lage- und Rechenschaftsbericht 2019** vermittelt insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltswirtschaft in 2019 und der Lage der Stadt unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben 🙌
- → **sehr hohe Erwartungen an die begonnenen Reformprojekte!!**

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Die Prüfungsfeststellungen haben keinen Anhalt dafür ergeben, dass die **Haushaltsführung insgesamt** nicht geordnet war.
- Gleichwohl sind die **für den Einzelfall**, aber auch darüber hinaus **bedeutsamen Prüfungsfeststellungen** hervorzuheben. Sie sollten zum Anlass genommen werden, Beanstandungen auszuräumen bzw. Vorkehrungen gegen Wiederholungen von fehlerhaftem Verwaltungshandeln zu treffen.
- Mit dieser Prüfungsbestätigung ist die **Erwartung** verbunden, dass die **notwendigen Korrekturen und Ergänzungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs** mit den künftigen Abschlüssen **vorgenommen werden**.
- Es bestehen unter diesen **Prämissen** keine Bedenken, den Jahresabschluss festzustellen und dem Magistrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 114 HGO auszusprechen.

Jahresabschluss des Sondervermögens

- **Ab JA 2019 ZVK formell**
 - ein Sondervermögen mit 2 Abrechnungsverbänden
 - 2 Teilhaushalte
 - ein Konsolidierter Abschluss mit separaten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen pro Abrechnungsverband (§ 5502 vom 26.03.2020)
 - ein Lagebericht
- Prüfung des Jahresabschlusses 2019 ohne Beanstandungen 
- Der **Jahresabschluss 2019 der ZVK** stellt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK insgesamt, als auch der jeweiligen Abrechnungsverbände dar 
- Der **Lagebericht** vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der ZVK insgesamt, als auch von den jeweiligen Abrechnungsverbänden 
- **Beschluss- und Entlastungsempfehlungen** wie für die Kernverwaltung



Schlussberichte 2019

Teil IV – Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2019

Konsolidierter Gesamtabschluss

- **Aufstellung** erfolgte nicht fristgemäß (M 182 vom 09.11.2020) 🖐️
- Ausstehende **Freigabeempfehlung für SAP** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖐️
- **Gesamtabschlussrichtlinie** in 2019 vom Magistrat beschlossen 🖐️
- **Konsolidierungskreis** ist vollständig 👍
- **Konsolidierungsmaßnahmen** sind richtig erfolgt 👍
- **Anhang** enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen 👍
- **fehlendes Vertragsmanagementsystem** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖐️
- Die **Übersichten** erfüllen die gesetzlichen Vorgaben 👍
- Darstellungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** und der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sollten durch SOLL-IST-Vergleiche bei den anderen Aufgabenträgern erhöht werden 🖐️

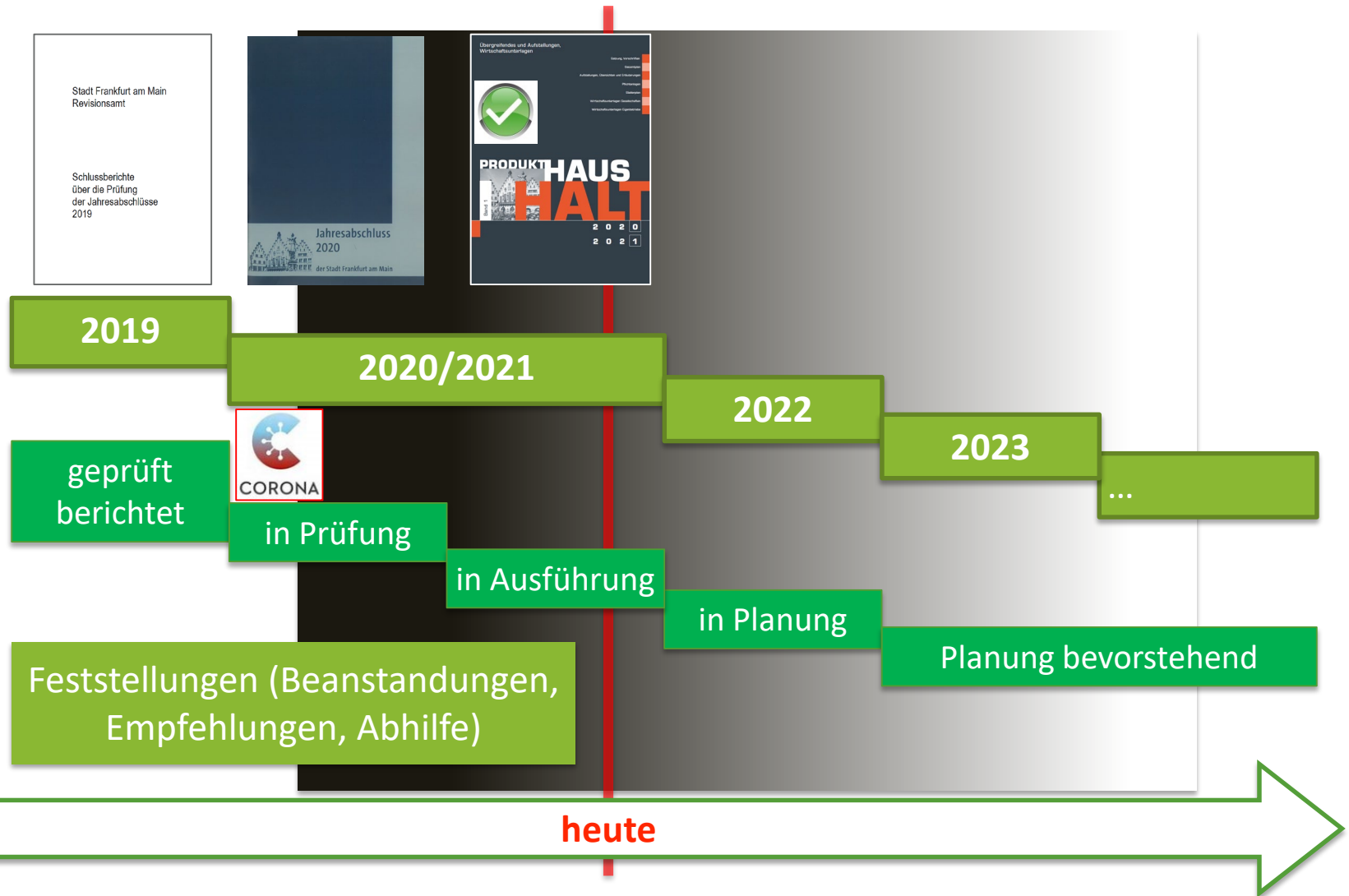
Konsolidierter Gesamtabschluss

- Unsere Prüfung hat insgesamt zu **keinen Einwänden** geführt.
- Nach unserer Beurteilung vermittelt der **Konsolidierte Gesamtabschluss 2019** ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“.
- Der **Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht 2019** vermittelt ein zutreffendes Bild von der Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dar.
- Es bestehen **keine Bedenken**, über den Konsolidierten Gesamtabchluss 2019 gemäß § 114 HGO beschlusszufassen.

Schlussberichte 2019


Feststellungen zur Haushaltslage

Feststellungen zur Haushaltslage



Feststellungen zur Haushaltslage

■ Allgemeine Beobachtungen

- Haushalte bisher schon **chronisch defizitär**; Jahresergebnisse
 - 2018: **-27,8 Mio. €**
 - 2019: **-100,7 Mio. €**
 - 2020:  **-65,4 Mio. €** (Ausgleich GewSt-Ausfälle durch Bund und Land i.H.v. **439,8 Mio. €!**)
- Corona-Krise führte für 2020 ff. zu **Ertrags-/Einzahlungsausfällen** bei gleichzeitiger **Ausweitung der Aufwendungen/Auszahlungen** (Kosten)
- **Hilfen des Bundes und des Landes** für 2020 lösen das Problem nicht

■ Haushalt 2021

- genehmigt und rechtskräftig,
- **Haushaltsausgleich im Plan** aber nur mit erheblichen Anstrengung unter Einbeziehung noch vorhandener Rücklagen, Liquiditätsreserven und tiefgreifender Konsolidierungsvorgaben;
- **Haushaltsausgleich in der Rechnung** noch offen

■ Haushaltsplanung 2022

- weitere Entwicklung der Corona-Pandemie und der Wirtschaft schwer absehbar
- unvermeidbare Zuwächse für Sozial- oder Versorgungsaufwendungen
- vorzusehende Steigerungsraten für Personalkostenansätze
- absehbar notwendige Unterstützungen zur Existenzsicherung defizitärer städtischer Gesellschaften

Feststellungen zur Haushaltslage

- **Planungsmittel“ vs. „voraussichtliche Gesamtkosten“** [Tz. 6.3.5.2, S. 80]
 - 108 Maßnahmen im IPG aus Produkthaushalt 2020/2021 nach PG:

Produktgruppe		Planungsmittel in Mio. €	voraussichtliche Gesamtkosten in Mio. €	Verhältnis in %
20.01	Schulbetriebsmanagement, pädagogische Aufgaben	80,1	1.336,5	6,0
16.11	Förderung ÖPNV	2,8	214,7	1,3
16.03	Verkehrsanlagen	8,8	107,6	8,2
16.01	Erschließungen	6,7	71,7	14,8
13.01	Stadtplanung	8,3	56,1	5,7
...	...			
Summe		118,7	1.980,2	6,0

- weitere Maßnahmen im IPG enthalten, bei denen derzeit **nur Planungsmittel**, aber noch **keine Gesamtkosten** genannt sind
- **weitere** (teilweise neue) **Projekte**: RTW, Nordmainische S-Bahn, Städtisch Bühnen, Einhausung A661, Sanierung Paulskirche, U4-Lückenschluss, ...
- **Pensionslasten**: Erfüllungsrückstand z. 31.12.2020: **1,08 Mrd. €** [Tz. 6.3.5.2, S. 83]
- → Umsetzung dringend erforderlicher **Reformprojekte**
- → Erschließung von neuen **Ertragsquellen; Forderungsmanagement**
- → **Kostenreduktion** (Wirtschaftlichkeitsfragen)

Schlussberichte 2019

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Reformthemen** werden nicht/nur zögerlich angegangen
- **Reformprojekte** dauern (zu) lange/werden nicht zu Ende geführt
- **Vordringliche Reformthemen** aus Sicht der Revision:
 - **Zentralisierung des Rechnungswesens**
 - Schaffung und Umsetzung **gesamtstädtische Digitalisierungs-Strategie** mit Teilstrategien (eAkte, finanzrelevante IT-Verfahren, Beschlussvorlagenmanagement, etc.)
 - **Bau- und Liegenschaftsmanagement (ABI)**
- **Kernproblem:** Dezentrale Strukturen und nicht wahrgenommene Ressourcenverantwortung

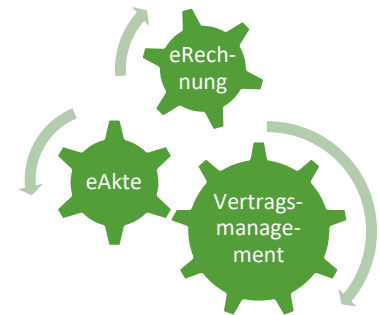
Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Zentralisierung des Rechnungswesens** [Tz. 7.1.2.5 d), S. 98]
 - MB Nr. 798 vom 13.07.2020: „*Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen*“
 - Einführung von Qualitätskriterien für das städtische Rechnungswesen
 - Einrichtung einer zentralen Servicestelle im Dezernat Finanzen
 - Erarbeitung eines Konzeptes durch das POA mit Unterstützung durch Berater
 - **Ausschreibungsverfahren** beendet: Unterstützung durch Rödl & Partner
 - **Kick-Off-Veranstaltung** des Lenkungsausschusses am 29.10.2021
 - insbesondere erforderlich für
 - Digitalisierung des Bestell- und Anordnungswesens
 - Ausrollen der elektronische Rechnungseingangsbearbeitung (eRechnung)
 - Umsetzung der Reform des Umsatzsteuerrechts (§ 2b UStG)
 - SAP-Umstellung auf S/4HANA

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie [Tz. 8.2.1, S. 198 ff.]

- 2019 (und bis jetzt!) verfügte die Stadt weiterhin über keine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie, bestehend aus
 - Smart-City-Strategie
 - Verwaltungsdigitalisierungsstrategie (E-Government-Strategie)
 - „Gesamtstädtische IT-Strategie“ für Organisationsmodell und Management von IT
- kein **ganzheitlicher Ansatz**, keine **Gesamtsteuerung**, keine **Hebung von Synergien**
- Dezernat V pflichtet der Auffassung der Revision bei
 - keine zentrale Stelle zuständig und autorisiert, eine solche Strategie zu entwickeln
 - fehlende Gesamtstrategie kein Versäumnis der Verwaltung, sondern Folge bestehender Beschlusslagen
 - aktuell keine Steuerung des Gesamtbereichs der Fachverfahren
 - bei der Umsetzung von Fachverfahren entstehen Insellösungen





Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **E-Akte** [Tz. 8.2.1.3, S. 198 f.]
 - **Onlineantragsverfahren bedingen eine elektronische Akte**
 - **Reformprojekt „E-Akte“ als Teil der E-Government-Strategie** (§ 3348 vom 15.06.2013 ([M 81](#)))
 - Mit § 5077 vom 25.09.2014 ([M 107](#)) wurden lediglich **weitere Mittel** im Doppelhaushalt 2015/2016 bereitgestellt
 - **Projektabschlussbericht „Pilotierung E-Akte Frankfurt“** vom 10.02.2020 (Pilotanwendungen in: 9/10, 11, 16A, 21, 25, 51, Dez. V und GPR)
 - **Organisationsverfügung des OB vom 10.07.2020:** „*Verlagerung der Aufgaben „Zentrale Schriftgutverwaltung“ und „Projekt Digitalisierung/Scannen“ in die Stabsstelle Digitalisierung*“
 - Status bzw. Umsetzung **stadtweites Rollout:**
 - das beschaffte IT-Verfahren ist **einsatzfähig** (Einführung Version 2020 geplant)
 - **Bericht des Magistrats [B 239](#)** an die StVV vom 28.05.2021: „es dauert an“

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Finanzrelevante IT-Verfahren**
 - **digitale Zahlungssysteme, Kassenautomaten, Web-Shops** [Tz. 8.2.1.6, S. 204]
 - **Bestell- und Anordnungswesen** [Tz. 7.1.2.2, S. 93 ff.]
 - **E-Vergabe** [Tz. 8.2.1.7, S. 204]
 - **E-Rechnung, digitale Rechnungsbearbeitung** [Tz. 8.2.1.8, S. 204 ff. und 7.1.2.6, S. 100 ff.]
- **Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen** [Tz. 7.1.2.3, S. 94 ff.]
 - Revisionsamt begrüßt die Beschlüsse
 - [§ 5567](#) vom 07.05.2020 (Überarbeit. FörderRiLi & Einrichtung Fördercontrolling)
 - [§ 7006](#) vom 28.01.2021 (Einführung datenbankbasierte, integrierte Anwendung)
 - **Richtlinien** noch in Überarbeitung, **Muster** weiterhin in Erstellung
 - **Digitalisierungsprojekt** für Zuwendungen im **Jugend- und Sozialamt**
 - **Zentralisierung** des Projektes in Stadtkämmerei für stadtweite Digitalisierungslösung; Projektstart für 2022 geplant

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Beschlussvorlagenmanagement** [Tz. 8.2.1.4, S. 202]
 - **einheitliches** Vorlagenmanagement-Systeme sollte eingeführt werden, da
 - derzeit **veraltete Vorlagenmanagement-Systeme** im parallelen Betrieb
 -  im Büro der StVV (seit 2001)
 -  im Büro des Magistrats (seit 2009)
 - weitere Vorlagenverfahren in einzelnen Dezernaten
 - **wenige IT-Schnittstellen** zwischen den Systemen, redundante Ablage
 - **langsam durch viele Medienbrüchen** (paralleler Workflow von Papier/Dateien)
 - → diverse operationelle Risiken (fehlerhafte Beschlüsse, Unwirksamkeit)
 - **Ordnungsgrundlagen** (GO der StVV, GO für den Magistrat, AGA I – 4.13 (Geschäftsgang) u. 4.9 zur Unterschriftenregelung, AGA II – 2.5 Besondere Bestimmungen) **sollten überprüft und aktualisiert werden**
 - sollte **Teil der gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie** sein/werden
 - erwartete **Vorteile**: kürzere **Durchlaufzeiten**, mehr **Transparenz**, **Kostensenkungen**, höhere **Rechtssicherheit**, unterstützt **mobiles Arbeiten**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Vertragsmanagement** [Tz. 7.1.2.1, S. 86 f.]
 - **weiterhin dringender Handlungsbedarf** für Einführung eines (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystems
 - Magistrat führt auch im JA 2020 (Ziffer 6.10.2, S. 177) erneut selbst aus, dass kein zentrales und stadtweites Vertragsmanagement besteht, und dass ein **Vertragscontrolling nur eingeschränkt möglich** ist, weshalb eventuelle Risiken aus bestehenden Verträgen nicht benannt werden können!
 - nur **sehr allgemeine Vorgaben zur Regelung der Wiedervorlage** in AGA I
 - **Aufgabengliederungsplan** (AGA II – Abschnitt 1.1) enthält keine klare Aufgabenzuweisung für die Bereitstellung eines (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystems: daher **dezentrale Organisation**
 - dezentral **verschiedenste „Lösungen“** im Einsatz
 - dezentral verschiedene, **nicht auf einander abgestimmte Beschaffungsmaßnahmen für Vertragsmanagementsoftware**Sinn und Zweck des „**Stellungnahmeverfahren für IT-Maßnahmen**“ (MB 1305 vom 06.12.2019) daher zweifelhaft
 - **Vertragsmanagement ist Gegenstand einer vergleichenden Prüfung**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Schulentwicklungsplanung** allgemeinbildende Schulen [Tz. 8.1.1.5, S. 183 ff.]
 - **Unzureichende Bedarfsermittlung:**
 - wesentliche Größen bleiben unberücksichtigt (z. B. Elternwünsche, zukünftige Entwicklungen wie Neubaugebiete)
 - Eingangsquoten berücksichtigen Gastschüler*innen (⇒ vermeintlich höherer Platzbedarf)
 - **Fehlende Kapazitätsdarstellung:** keine Platzzahlen (⇒ Auslastung nicht erkennbar)
 - **Verfehlte Maßnahmenplanungen/unzureichende Umsetzung** (iSEP 2015–2019):
 - Planungen in Bildungsregionen/Planungsbezirken (nach dem HSchG weist das Staatliche Schulamt die Plätze zu, Wohnortnähe ist nicht maßgeblich).
 - für sieben überlastete Grundschulen sind keine Maßnahmen vorgesehen
 - Grundschulen 1. Jahrgang: 950 Plätze geplant, 175 Plätze geschaffen (~ 18 %)
 - Neubauplanung weiterführender Schulen nicht nachvollziehbar
 - **Provisorien:** 136,7 Mio. € Mehrkosten (durch Containerstellungen für Maßnahmen aus den iSEPs 2015–2019 bis 201–2023)
 - **Förderschulen/inklusive Beschulung:** keine Schulentwicklungsplanung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Bau- und Liegenschaftsmanagement

- **Architekturmuseum** [Tz. 8.3.3.4, S. 219 ff.]
 - **Energetische Ertüchtigung und Brandschutzsanierung mit Fluchttunnel**
 - Entspricht **Preiskategorie einfacher Museumsneubauten** (Kostenkennwert netto 2.630 €/m²)
 - Zukünftig **brandschutztechnischen Abstimmungen mit der fachlich zuständigen Branddirektion durchführen** (Konsens mit ABI und Bauaufsicht)
- **Kita Frankfurt** [Tz. 8.3.3.7 und 8.3.3.8, S. 224 f.]
 - Empfehlung, **vor Planungsbeginn Raumprogramm** genehmigen zu lassen **und** verbindlich die mögliche **Bebaubarkeit zu klären** (u.a. Bauvorhaben Neuer Wall 2, KiZ 55, KiZ 145)
 - KiZ 118, Günthersburgpark, Kritik an **Planung** umfassendster und teuerster **Variante** “Abriss und Ersatzneubau“, **ohne stichhaltige Bewertungen bzw. gutachterliche Feststellungen**
- **Zoogesellschaftshaus** [Tz. 8.3.3.11, S. 229 f.]
 - Umnutzung in **Kinder- und Jugendtheater** führt zu **Verlust wertvoller Flächen** für Eigennutzung / Erweiterung **Zoologischer Garten**.
 - Aus technischer Sicht halten wir das Gebäude für diese Nutzung für ungeeignet
 - Der Empfehlung der Revision wurde nicht gefolgt!

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung


■ Bau- und Liegenschaftsmanagement

- **Stadtschulamt** [Tz. 8.3.3.9, S. 225 ff.]
 - **Neues Modellflächenprogramm Neubauten Grundschulen** ersetzt Modellraumprogramm
 - **Deutliche Flächenzuwächse erschweren Grundstückssuche / Haushaltskonsolidierung**
 - **Beispiel** 4-zügige Grundschule: + 28 % Flächenzuwachs, Herstellkosten + 5,6 Mio. €
 - **Bemessungsansatz in Schulmensen** von 1,1 m² / Essplatz auf 1,8 m² erhöht (+ 63 %), DGE-Empfehlung (Dt. Ges. f. Ernährung) falsch angewendet, **Falschbeurteilung bleibt wirksam**, Stichwort Ungleichbehandlung vs. Alt-Beschlüssen
 - **Wir empfehlen, die Vorgaben kritisch zu überprüfen**
- **Architekturwettbewerbe** [Tz. 8.3.5.2, S. 234 ff.]
 - Durchführung Architekturwettbewerbe, **Organisationsrichtlinie bisher nicht eingehalten!**
 - Wirtschaftlichkeitskriterien spielen bei den Preisgerichten praktisch keine Rolle!
 - **ABI will Richtlinie zukünftig einhalten, verbindliche Investitionskostenrahmen bzw. Baukostenobergrenzen einsetzen und bei der Wertung berücksichtigen!**
 - **Wir begrüßen die Absicht und werden die Umsetzung prüfen!**

Schlussberichte 2019

Stand der Entlastungsverfahren,
Bemerkungen zu städtischen
Aufgabenträgern
Ausblick und Fazit

Stand der Entlastungsverfahren

	Frist 2018	Vollzug 2018	Frist 2019	Vollzug 2019
Aufstellung JA durch Magistrat	30.04.2019	03.05.2019 M 64	30.04.2020	29.05.2020 <u>M 87</u>
Aufstellung Kons. GA durch Magistrat	30.09.2019	01.11.2019 M 179	30.09.2020	09.11.2020 <u>M 182</u>
Fertigstellung SB	-	31.03.2020	-	Entwurf per 02.06.2021
Kenntnisnahme SB durch Magistrat	-	08.06.2020 M 91	-	
Kenntnisnahme SB durch StVV	-	03.09.2020 § 6232	-	im Rahmen <u>M 122</u> vom 23.08.2021
M-Vortrag (mit Stellungnahme für 2018)	-	19.10.2020 M 162	-	
Erstberatung Haupt- und Finanzausschuss Controlling und Revision	-	03.11. + 08.12.2020 -	- -	21.09.2021 25.10.2021
Beschluss der StVV	31.12.2020	10.12.2020 	31.12.2021	11.11.2021 ?

Bemerkungen zu städtischen und stadtnahen Aufgabenträgern

Teil III

Bemerkungen
des Revisionsamtes
zur Betätigungsprüfung sowie
zu städtischen und stadtnahen
Aufgabenträgern

- nur bei 2 von 6 EigB. (KKJF, SKFH) wurden die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2019 **fristgemäß festgestellt** 👍
- erfreulich: **Städtische Kliniken haben den Rückstand aufgeholt** 👍
- SEF und VHS leicht verspätet (28.01.2021) festgestellt 🙌
- HMB verspätet (04.03.2021) festgestellt 🙌
- **nun Verzug bei Kita Frankfurt** 👎
 - SB 2019: 2018: Anfang 2020 festgestellt
2019: Entwurf des M-Vortrags zum Redaktionsschluss
 - Aktuell: 2019: M 121 am 23.09.2021 festgestellt
- Prüfung und Entlastung bei den 6 öffentlich-milden Stiftungen fristgemäß 👍
- „Allgemeine Stiftungsordnung“ (kein neuer Sachstand): 👎
 - Novellierung seit **1999** empfohlen
 - letzte Initiative des Magistrats in 2010/2011 → seither **10 Jahre vergangen**
 - Stellungnahme des Magistrats (M 194 vom 11.11.2019) → Stiftungsaufsicht

Bemerkungen zu städtischen Aufgabenträgern

■ Eigenkapitalverzehr bei der SWFH

- E 72 vom 25.01.2019 zum HH 2019 → § 3734 vom 28.02.2019 (Anlage 7)
- **Mehr-Kosten** für ÖPNV und Schwimmbäder sowie die **Minder-Erträge** von Mainova, AVA und Fraport **trägt bis einschließlich 2022 der Kernhaushalt**
- Sachverhalt bisher **investiv geplant** (Projektdefinition 5.009388 im IPG) 👎
- **Buchungssystematik** ab Jahresabschluss 2020 **konsumtiv** 👍
- Veranschlagung ab 2021 konsumtiv 👍
- Verluste werden über das Jahr 2022 hinaus anfallen!

in Mio. €	Summe	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Plan (E 72)	-306,0	-45,0	-78,0	-92,0	-91,0	-	-	-
Wirtschaftsplan (SWFH)	-528,0		-30,3	-99,8	-92,9	-91,9	-105,2	-107,9
Ist		-2,8	-30,6	?	?	?	?	?
				<u>M 143</u>				

Ausblick und Fazit

- Schlussberichte 2019 erstmals ausschließlich digital
- Jahresabschlussprüfungen 2020 wurden begonnen
- Konsolidierter Gesamtabchlusses 2020 in Aufstellung
- Schlussberichte 2020 derzeit in Erstellung
- Das **Ziel**, die Beschlussfassung zu den Jahresabschlüssen zeitlich weiter vorzuverlegen, ist – wie einleitend dargestellt – erstmals erreicht bzw. ermöglicht worden!
- prüferische Begleitung von diversen begonnenen (Reform-)Projekten
- Mitwirkung beim IT-Strategierat und in Lenkungskreisen von IT-Projekten
- Zukünftig Berichterstattung in den Ausschüssen?

Schlussberichte 2019

Für die Beantwortung Ihrer Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung!

Zudem freue ich mich über Lob/Kritik bzw. Ihre Anregungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Der Magistrat
Revisionsamt
Gutleutstraße 26
60329 Frankfurt am Main
hans-dieter.wieden.amt14@stadt-frankfurt.de
www.revisionsamt.stadt-frankfurt.de

Besuchen Sie uns auf Frankfurt.de:

